

Tourismusmagnete wie Gruyères würden unter einem Frontex-Nein leiden. Foto: iStock/Julien Viry



# Frontex-Nein gefährdet Gewerbe und Tourismus

Schweiz droht «Visum-Insel» zu werden

Bei der Frontex-Schengen-Abstimmung vom 15. Mai steht für das Gewerbe und für die Tourismusbranche im Speziellen viel auf dem Spiel. Bei einem Nein drohen Lieferengpässe und der automatische Ausschluss der Schweiz aus dem europäischen Visa-Raum Schengen. Die Tourismusbranche allein kostet das über eine halbe Milliarde Franken – jährlich.

Auf den ersten Blick geht es bei der Referendumsabstimmung vom 15. Mai um eine verhältnismässig geringe Erhöhung des Schweizer Beitrags an die Europäische Grenz- und Küstenwache, kurz Frontex, um rund 37 Millionen Franken. Damit sollen jene Länder unterstützt werden, welche die gemeinsame Schengen-Aussengrenze sichern und ankommende Flüchtlinge empfangen, beispielsweise an der Grenze zur Ukraine in Polen. Das Problem dabei ist, dass ein Nein zu Frontex automatisch den Kündigungsmechanismus nach Art. 7 des Schengen-Abkommens zwischen der Schweiz und der EU auslöst. Um diesen rechtlichen Automatismus noch abzuwenden, bräuchte es den einstimmigen Willen aller europäischen Länder, dass die Schweiz tatsächlich einen Sonderzug fahren darf oder zumindest nochmals abstimmen kann. Ein sehr unwahrscheinliches Szenario, auf das man keine seriöse Planung aufbauen kann.

## Visum-Insel und Lieferengpässe verhindern

Ohne «Schengen» wird die Schweiz zur «Visums-Insel», denn Touristen aus den wichtigen Fernmärkten ausserhalb Europas bräuchten ein separates Visum für die Schweiz. Studien beziffern den Verlust für die Beherbergungs- und Tourismusbranche

auf jährlich über eine halbe Milliarde Franken. Hinzu kommen die Grenzkontrollen, welche wieder eingeführt werden müssten, weil die Schweiz wieder zur Aussengrenze der EU würde. Für die Gäste bedeutet das Reisebürokratie statt Reisefreiheit. Für die Betriebe bedeutet es das latente Risiko von Lieferengpässen oder Verspätung bei verderblicher Ware.

## Erholung und Reisefreiheit nicht aufs Spiel setzen

Noch Mitte Februar hat uns der Bundesrat mit seinem Lockerungsentscheid berechnete Hoffnung auf eine nachhaltige Erholung in der ganzen Tourismus- und Beherbergungsbranche gemacht. Die Lockerung der Einreisebestimmung bedeutete nicht zuletzt eine Wiederherstellung der vollständigen Reisefreiheit: für uns selbst und für unsere Gäste aus den nicht europäischen Fernmärkten. Genau diese Reisefreiheit und die damit verbundene Erholung stehen am 15. Mai bereits wieder auf dem Spiel. Deshalb ist ein Ja zu Frontex-Schengen so wichtig.

**Claude Meier**  
Direktor HotellerieSuisse  
[www.meier-claude.ch](http://www.meier-claude.ch)



## Rathgeb bleibt oberster Regierungsrat der Schweiz

Die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat den Bündner FDP-Regierungsrat Christian Rathgeb (52) für eine zweite Amtsdauer zu ihrem Präsidenten gewählt. Rathgeb führt die KdK bis Ende 2022 und wird dann infolge Amtszeitbeschränkung aus der Bündner Regierung ausscheiden und danach wieder als selbstständiger Anwalt in Chur tätig sein.

Christian Rathgeb übernahm das Präsidium der KdK am 1. Juni 2020 von Beni Würth (SG), der aus der St. Galler Regierung ausschied und in den Ständerat wechselte. In der Amtszeit des Bündners nahm die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) operativ ihre Arbeit zur Harmonisierung der digitalen Transformation in den Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden auf. Sodann wurden im letzten Herbst die Arbeiten einer neuen europapolitischen Standortbestimmung der Kantone aufgenommen. Aktuell evaluiert die Konferenz das Krisenmanagement der Pandemiebewältigung zwischen Bund und Kantonen und unterstützt die Konferenzen und Kantonsregierungen in Fragen der Flüchtlingsunterbringung. Daneben gehören das Monitoring und die Weiterentwicklung des Finanzausgleichs sowie der Aufgabenteilung Bund – Kantone zu den Aufgaben der Regierungskonferenz.

Rathgeb gründete 1986 die Bündner Jungpartei, deren Präsident er später wurde, und präsierte die FDP Graubünden von 2003 bis 2008. Er gehört der Bündner Regierung seit 2012 an und ist Vorsteher des Departements für Finanzen und Gemeinden.

Silvio Zuccolini,  
Pressechef FDP GR